

Wahlkreisbüro Dr. Angela Merkel  
Frau Dr. Angela Merkel MdB  
Ossenreyerstraße 29

18439 Stralsund

02.11.2010

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom  
kr/ko

Telefon/Fax  
03831/461228

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

ich wende mich an Sie, in Ihrer Funktion als Abgeordnete des Bundestages, in der Hoffnung auf Unterstützung gegen die massiven Kürzungen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im SGB II.

Die SIC GmbH, ein kommunales Beschäftigungsunternehmen, arbeitet seit 1995 erfolgreich und regional ausgerichtet mit langzeitarbeitslosen Menschen unserer Stadt.

Die Arbeitslosenquote von 14,5 % ist in Stralsund nach wie vor auf einem hohen Niveau. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen im SGB II ist mit 11 % ebenfalls sehr hoch.

Kommen die geplanten finanziellen Kürzungen im Eingliederungstitel (EGT) um ca. 30 % zum Tragen, bleiben kaum noch Mittel für die Aktivierung und Beschäftigung für die sogenannten arbeitsmarktfernen SGB-II-Empfänger/innen zum Einsatz. Gerade für diese Gruppe stehen keine anderen Instrumente der Beschäftigungsförderung zur Verfügung.

Menschen, die oftmals unverschuldet durch strukturbedingte Arbeitslosigkeit auf Transferleistungen des SGB II angewiesen sind, werden durch die geplanten Mittelkürzungen ins absolute Abseits gestellt. Folgeprobleme, die sich auch innerhalb des Familienverbandes verfestigen und verschlimmern, zeichnen sich bereits heute sehr deutlich ab. Teilhabe findet für diesen Personenkreis dann nicht mehr statt. Ich bitte Sie, sich als Bundestagsabgeordnete, für diese Zielgruppe einzusetzen und die Kürzungen nicht hinzunehmen.

Die demografische Entwicklung, die durchaus positive Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie unser Verständnis als Solidargemeinschaft lassen sich damit nicht vereinbaren.

Unser Staat kümmert sich großartig um Menschen mit Behinderungen, schafft Alternativarbeitsplätze in Behindertenwerkstätten, diese Finanzierung ist gesetzlich geregelt.

Warum erfahren die Langzeitarbeitslosen, die gegenwärtig und eventuell auch in der Zukunft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sein werden, nicht die notwendige Unterstützung durch die Politik?

Im Gegenteil, hier werden die Mittel bis zu 45 % gekürzt.

Von den Mittelkürzungen sind alle Jobcenter im Bundesgebiet betroffen. Wir haben uns deshalb innerhalb unseres Dachverbandes, der bag arbeit, auf ein gemeinsames Papier geeinigt, das ich Ihnen als Anlage beifüge.

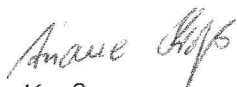
Ich weiß, Sie machen sich stark für unsere Region. Aber zu unserer Region gehören auch die Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind und von denen ein Teil auch in Zukunft ausgeschlossen sein wird.

Frau Bundesarbeitsministerin von der Leyen und auch Finanzminister Schäuble sprechen davon, dass man „künftig nur noch die Maßnahmen finanzieren will, die auch wirklich etwas bringen, die Eingliederung fördern“.

Das SGB II ist jedoch auch ein Gesetz der staatlichen Fürsorge. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst Hilfen zur Stabilisierung, Aktivierung und Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen und ihren Familien.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre ganz persönliche Unterstützung gegen die Mittelkürzungen des EGT und stehe Ihnen jederzeit gern für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Kroß  
Geschäftsführerin

Anlage